

Bezugspreis:

Wochenblatt 2.- Mtl. monatl. 2.- Mtl. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 2.- Mtl. ggf. Postgebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4.25 Mtl. für das übrige Ausland 5.25 Mtl. bei täglich einmal Zustellung 5.25 Mtl. Bestellungen nehmen an Postamt, Postfach, Bismarckstr. 3, Schwaben u. der Schweiz, Einlagerungen in die Postbetriebsstellen.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochenttäglich zweimal Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Raupatrizeile kostet 1.50 Mtl. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 60 Pfg. (zulässig 2 gedruckt Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengeld und Schließelangelegenheiten das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Leserkontingents 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.50 Mtl. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morosplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 15. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morosplatz, Nr. 11752-54.

Wer hält die Kriegsgefangenen zurück?

Den englischen Blättern vom 13. zufolge erklärte Churchill in der Unterhaus-Sitzung vom 13., das britische Kriegsgesamt habe wiederholt um die Erlaubnis nachgesucht, die deutschen Kriegsgefangenen heimsenden zu dürfen. Er bedauere sehr, daß es dem Kriegsgesamt bisher nicht gelungen sei, von dem Obersten Rat die Ermächtigung zu erhalten, mit der Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen zu beginnen.

Aus englischem berufenen Munde die Bestätigung, daß die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen durch den Obersten Rat geschieht. Eine traurige Tatsache, ein trauriges Zeugnis, das den Herren von Versailles aus dem Munde eines ihrer Verbündeten ausgeht. Aber wenn selbst Churchill keine Erlaubnis zur Heimsendung der Kriegsgefangenen bekommt, wird man unsere Ohnmacht endlich einsehen? Wird man nun die unerhörten Angriffe gegen unsere Regierung fallen lassen?

Die ungarische Reaktion.

Die rumänische Antwort.

Das Reutersche Bureau meldet aus Paris, daß sich der Oberste Rat am Donnerstag nachmittags mit der Antwort der rumänischen Regierung befaßt hat. Die Antwort erhebt in höflichem Tone Einspruch gegen die Beschuldigung, daß Rumänien sich gegenüber Ungarn Verbündeten hat zuschulden kommen lassen und daß es sich von den Alliierten trennen wolle. Rumänien ist der Ansicht, daß es im Einklang damit, daß es selbst ausgeplündert worden ist, sein gutes Recht ist, sich mit den Sperrlinien, die es in Ungarn angebracht hat, zu versehen. Ungarn habe noch einen Ueberfluß, den es ausführen könnte. Rumänien erklärt fernerhin, daß es die Bevölkerung von Budapest, die vor der Ankunft der rumänischen Truppen vor Hunger umkam, mit Lebensmitteln versorgte.

Die Entente will abwarten.

Der Oberste Rat hat die Mission der interalliierten Generale in Budapest angewiesen, daß sie nicht besagt sind, der rumänischen Armee Befehle zu geben, da der Oberste Rat sich diese Machtbefugnis selbst vorbehalte. Was den Erzherzog Joseph anbelange, so sollten die Generale jede Mitteilung von seiner Seite entgegennehmen, aber in keiner Weise den Obersten Rat auf die Anerkennung seines Regimes verpflichten.

Gehr's gut, das heißt, bleiben die ungarischen Monarchisten am Boden, dann erhalten sie auch den öffentlichen Segen der Entente, nachdem sie den geheimen längst empfangen. Gehr's schief, dann wollen die Machthaber der Entente sich unbeschädigt zurückziehen können.

Ueber Holland wird diese vorsichtige Haltung der Entente auch in einer ausführlicheren Meldung bekannt. Dort heißt es: „Bis zur neuen Regierungssystem anerkannt werden kann, muß es durch eine Volksabstimmung bestätigt werden. Sobald die vorzunehmenden Wahlen die Regierungsform in Ungarn festgelegt haben, wird der Oberste Alliierte Rat seine endgültige Entscheidung treffen.“

Nun wird die ungarische Reaktion dafür sorgen, daß die Wahlen richtig ausfallen. Die beste Vorbereitung dafür haben die Kommunisten mit ihrem Terror geliefert.

Bedenken gegen die Monarchie.

Die alliierten Generale haben ihren ersten Bericht an den Obersten Rat geschickt. Es heißt darin, daß sich zwischen den Generalen und dem rumänischen Bevollmächtigten Diamandi noch keine vollständige Uebereinstimmung habe erzielen lassen. Diamandi ganz würde die Gefahr eines Mitteleuropas wieder aufleben lassen. Es erheben sich daher bereits Stimmen gegen eine übereilige Lösung des Problems.

Die tschechoslowakische Abordnung hat dem Obersten Rat Instruktionen erhalten haben, um die neue Regentenschaft Ungarns bis auf weiteres als das Haupt einer regelrechten Regierung anzusehen. Es scheint aber, daß die Alliierten selbst die Regierung nicht anerkannt wollen, bis sie vom Volk sanktioniert sei und sich deren Haltung in Uebereinstimmung mit dem Ergebnis der nächsten Wahlen befinden werde. Ein monarchisches Ungarn würde die Gefahr eines Mitteleuropas wieder aufleben lassen. Es erheben sich daher bereits die Stimmen gegen eine übereilige Lösung des Problems.

Die tschechoslowakische Abordnung hat dem Obersten Rat eine Protestnote gegen die Uebernahme der ungarischen Regierung unter Erzherzog Joseph überreicht.

Schlimme Zustände in Armenien.

Nach englischen Blättern vom 13. d. M. erklärte in der Unterhaus-Sitzung vom 12. d. M. Carmichael, daß Meldungen über neue Christen- und Armeniermordfälle aus Koffin und dem Kaukasus eingetroffen sind. Die augenblickliche Lage der Armenier sei alles andere als zufriedenstellend. Die britische Regierung wünsche, wenn eine Mandatarverwaltung für Armenien bestimmt werden sollte, daß dieses möglichst bald geschehe.

Englische Kohlen Sorgen.

„Manchester Guardian“ meldet, daß die britische Regierung Maßnahmen trifft, um für dauernd ein Departement zu errichten, das alle Angelegenheiten, die sich auf die Kohlenindustrie beziehen, behandelt. Die Regierung will sich in Zukunft an der Verwaltung der Kohlenbergwerke beteiligen. Die „Daily Mail“ meldet, daß England durch den letzten Streik der Kohlenbergarbeiter einen Schaden von 3 750 000 Tonnen Kohlen erlitten.

Die Folgen der Kohlennot.

Die Störungen im Fischdampferbetriebe infolge Kohlenmangels gestalten sich immer umfangreicher. Zurzeit liegen in Cuxhaven 14 Fischdampfer, in Geestmünde 30 Fischdampfer auf. In Cuxhaven sind am Donnerstag überhaupt keine Zufuhren mehr an den Markt gekommen.

Englische Eisenbahnerbewegung.

Der „Amsterdamer Telegraaf“ meldet aus London, daß die Streikfrage wegen der Lohnforderungen der Eisenbahnangestellten sich plötzlich wieder verschlechtert hat. Die Gefahr, daß ein neuer Streik der Eisenbahnangestellten ausbricht, sei jedoch nicht groß.

Aufnahme der Arbeit in Yorkshire.

Aus London wird durch Reuter gemeldet: Die Grubenarbeiter von Yorkshire haben mit überwältigender Mehrheit beschlossen, sobald die nötigen Vereinbarungen getroffen seien, die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach der „Daily Mail“ wird England, selbst wenn die Arbeit am nächsten Montag wieder aufgenommen wird, einen Schaden von 3 750 000 Tonnen Kohlen haben.

Die Aufgaben Greys.

Drathlos wird aus London gemeldet, Lord Balfour antwortete auf die Frage eines Parlamentsmitgliedes, ob die Lord Grey gegebenen Instruktionen für seinen neuen Posten teilweise dahin lauten werden, zu versuchen, die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und England durch die Regelung der irischen Frage und die Veröhnung der Irländer besser zu gestalten, er sei überzeugt, daß Grey alles tun werde, was in seiner Macht liege, um in jeder Hinsicht, wo dies notwendig sei, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verbessern zu helfen.

Zum Streik entschlossen!

Aus Brüssel wird gemeldet: Das Sekretariat der Eisenbahner wandte sich an die holländischen und französischen Eisenbahnerverbände mit der Bitte, ihre Maßnahmen zu treffen, damit im Falle eines Streiks die Züge die belgische Grenze nicht überschreiten.

Die Lage im Elsaß.

Aus Paris wird gemeldet: Das „Journal“ veröffentlicht einen Artikel über die Lage im Elsaß. Darin wird gesagt, daß die Unzufriedenheit im Elsaß allgemein ist, und daß die Belohnung der Bevölkerung sehr bedrohlich ist. Dies sei vor allen Dingen auf den Mangel an Eile bei der Verwaltung zurückzuführen. Durch die dem französischen Parlament vorgelegten Gesetzesvorlagen, die die Regelung der Verwaltung während der Uebergangsperiode bezwecken, werde die Lage nur noch verschlimmert. Elsaß werde aus der alten in eine neue Diktatur gedrängt. Die deutsche Propaganda im Lande würde auf dieser Sachlage sehr erheblich Nutzen ziehen.

Zulagen für die Beamten.

Die Reichsregierung hat heute beschlossen: Es soll vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung allen Beamten eine einmalige Beschaffungsbekihilfe gewährt werden, und zwar in Höhe von 1000 Mark für Kinderlos Verheiratete, von 800 Mark für Ledige. Daneben werden für jedes zu berücksichtigende Kind 200 Mark gezahlt werden. Die Beihilfe ist in zwei gleichen Raten im September und Dezember d. J. fällig. Die Grundzüge über die Gewährung laufender Feuerzulagen werden dahin geändert, daß die Kinderzulage vom 1. September an einheitlich auf 50 M. festgesetzt wird. Die anwesenden preussischen Minister haben sich bereit erklärt, die gleiche Vorlage für die Landesversammlung dem Staatsministerium zwecks sofortiger Beschlußfassung zu unterbreiten.

Das Verbrechen von Chemnitz.

Unsere Genossen in Chemnitz haben jetzt in einem Flugblatt die wahren Ursachen der blutigen Krawalle in Chemnitz enthüllt. Danach stellt sich heraus, daß die Kommunisten systematisch vor dem Zusammenstoß die Arbeiterklasse aufgeweckt und auf die Straße geholt haben. Es sieht also auch bei diesem Blutbad die Urheberschaft der Kommunisten fest.

Judenhebe.

Nun sind wir in Berlin glücklich schon zu antisemitischen Straßenprügeleien mit Revolvergeschüssen gekommen. Wer vor fünf Jahren Heil die im Siegerfranz brüllte, schreit jetzt: haut die Juden! Das „fittliche Stahlbad“, das doch der Krieg sein sollte, macht sich bedenklich bemerkbar. Und alte Gespenster tauchen wieder auf. Aus den achtziger und neunziger Jahren, als der Mittelstand unter besonders starker wirtschaftlicher Bedrängnis litt. Und aus fernem, fernem Jahrhundert.

Dem seit der Auflösung des alten jüdischen Reiches ist der Kampfspruch: Die Jude — die Christ, nicht mehr zur Ruhe gekommen. In Verfolgungen und Drangsalierungen hat das kleine, zersprengte Volk Uebermenschliches erduldet. Es war der alte Bebel, der einmal auf einem Parteitag sagte, man müsse den Hut abnehmen vor einer Rasse, die sich trotz allem durchziehen und zu erhalten gewußt habe.

Für alle Vorkommnisse, seien es Senchen, seien es Ueberflchwemmungen, Katastrophen irgendwelcher Art, wurden die Juden zu allen Zeiten ihres versprengten Daseins verantwortlich gemacht, mußten sie entsetzliche Bedrängnisse erleiden.

Fragen wir nach den Ursachen dieser Erdrückung, so kommen ihrer vorwiegend drei in Betracht: die Nege im Anfang des christlichen Zeitalters und bis über das Mittelalter hinaus gegen die Juden als Urheber am Tode des Nazareners. Also ein religiöses Moment, das aber nicht als ausschlaggebend gelten kann. Dann der tief eingewurzelte Rassen- und Nationalhaß im Völkergemisch, und weiterhin der dem Judentum innewohnende und stark entwickelte Handelsgeist, verbunden mit einer rüchigen, hohen Intelligenz.

Die letzte Ursache ist als die wichtigste und durchschlagendste zu betrachten. Der im Handelsfach — besonders in Deutschland — weit überragende Einfluß des Judentums und die damit verbundenen materiellen Erfolge hat eine unverkennbar tiefe Verbitterung bis weit ins Proletariat hinein ausgelöst. Das ist schon soweit gediehen, daß für viele aus dem Volke Kapitalist und Jude gleich bedeutend ist. Wie falsch ein solch oberflächliches Urteil ist, zeigt sich schon an der Tatsache, daß unter den 50 reichsten Leuten der Welt sich kein Jude befindet, daß ferner in den östlichen Gegenden Europas jüdisches Proletariat in gewaltiger Anzahl vorhanden ist, und selbst hier in Berlin, wo zweifellos ein wohlhabendes Judentum wohnt, wird es reichlich aufgewogen durch Besiglose jüdischen Glaubens.

Läßt sich nun ein stark ausgeprägter Hang zum Handeln beim Judentum nicht bestreiten, so darf man nicht vergessen, daß die Juden das Produkt ihrer Vergangenheit und der Verzerrung sind, wie sich schließlich all das, was ihnen vorgeworfen wird, aus der Geschichte und den Verhältnissen erklären läßt. Und Wolfgang Heine hatte nicht so unrecht, wenn er im Reichstag einmal sagte, tausend Jahre Weite gingen an einem Volke nicht spurlos vorüber. Wenn also die Judengegner ihre Vorwürfe erheben, so dürfen sie nicht vergessen, daß die Christenmenschen vergangener Zeiten es waren, die dem Judentum die markantesten Charakterzüge aufzugenommen haben.

Der Vorwurf, daß die Juden skrupellos Geld zusammenraffen, mag für einen Teil zutreffen, ist aber kein Grund für pharisäerhaftes Getue, da besonders der Krieg gezeigt hat, daß weite „aristokratische“ Kreise das Geldmachen auch sehr gut verstehen und bei der Wahl der Mittel nicht gerade jaghaft sind. Der verstorbene ehemalige Minister Bobbieloff war ein typisches Beispiel dafür. Tausende andere ließen sich anführen. Es bleibt eben bei dem alten Spruch: „ob Christian oder Jhja — 's Geschäft bringt's mal so mit sich“. Uebrigens sind die Juden noch nicht die ausgeprägtesten Handelsleute. Die Amerikaner und Griechen verstehen es ebenso gut oder noch besser, und man sagt, daß ein Grieche drei Juden in den Sack stecke.

Der beste Boden für die judenrefferische Saat ist bei uns in Deutschland und in Deutschösterreich der Mittelstand, das Kleinbürger- und Bauerntum. Diese Schicht, die — zwischen die beiden Mähtsteine Großkapitalismus und Proletariat eingeklemmt — vielfach sich in einer äußerst bedrängten Lage befindet, die die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Weisungen nicht erkennt und nach der Ursache ihrer Misere sucht, ist dem antisemitischen Veger ein allzu gutes Opfer, das gar willig die einischmeichende Melodie von der Schuld des Juden aufnimmt, der alles Elend in der Welt verursache.

Vollends der unglückliche Ausgang des überlangen und von Ueberschungen und Opfern so reichen Krieges

freibt dazu, nach den Urhebern des verruchten Verbrechens zu suchen. Wohlverstanden: nur das traurige Ergebnis des Krieges; denn hätte der Feldzug nach den Wünschen der deutschen Imperialisten und Annexionalisten gelaufen, so würden dieselben Kreise, die jetzt den Juden die Schuld am Ausbruch und an der langen Dauer des Krieges zuschreiben, sich kräftigen, dies zum Wohle des Volkes selbst veranlaßt zu haben. Nunmehr, da ein blühendes Land durch Geisteslosigkeit und Borniertheit in einen Trümmerhaufen verwandelt ist, suchen sich die Schuldigen reinzuwaschen, und als Sündenbock sollen wieder, wie immer, die Juden gehalten werden.

Gegen ein derartiges Treiben muß jeder anständige Mensch sich empören. Daß die Urheber des graufigen Verbrechens zur Rechenschaft gezogen werden, ist unter aller Wunsch. Das kann nur unter Einfluß von jedem Glaubensbekenntnis geschehen.

Zeit einiger Zeit haben es die Kriegshetze und Kriegsverlängerer für gut befunden, eine wohlorganisierte und funktionierende Judenboje zu inszenieren. In tausend Kanälen schickten sie ihre blöden Schriften hinaus ins Land, besonders in Berlin wird sieberhaft gearbeitet, um eine Propagandastimmung zu erzeugen. Die Juden sollen den Krieg aus gewinnstüchtigen Motiven angezettelt, sie sollen ihn verlängert und zugleich sabotiert haben. Der Unsinne, der hierin liegt, richtet sich schon von selbst, findet aber immerhin in urteillosen und verbitterten Kreisen Anklang. Dem muß entgegengetreten werden im Interesse des Landfriedens und der geschichtlichen Wahrheit.

Kein Vorwurf ist unbedingter denn der, die Juden hätten den Krieg veranlaßt. Man braucht jetzt nur die „Enthüllungen“ zu verfolgen, die täglich über uns hereinfluten, um zu wissen, wo die Drahtzieher sitzen. Im Generalstab, in der Diplomatie, in allen maßgebenden Körperlichkeiten war kein einziger Jude, all die Kreise waren streng rasseneutral gehalten, waren „arisch“, deutsch-böhmisch und wachten ängstlich darüber, daß kein Unberufener hineinkomme. „Manch und mang ist feener mang, der nich mang und mong jehört.“ lautete ihr Wahlspruch. Desgleichen waren die Kanonensänger wie Krupp Nichtjuden, wie überhaupt der jüdische Einfluß auf das militärische Gebiet gleich Null war. Man kann den Juden auch ruhig nachsagen, daß sie nicht nach kriegerischen Vorhaben strebten; der friedliche Handel und Erwerb lag ihnen besser; sie hatten also kein Interesse an der Kriegshetze. Über übrigens in den Juli- und Augusttagen 1914, als Berlin einem einzigen Tollhause gleich, das Getriebe beobachtete, wird wissen, daß unter den Schreibern auch nicht ein Jude zu finden war.“ Es waren Teufelskünstler, die den Krieg wie ein Geschenk des Himmels, wie ein frohes Fest herbeischaufelten und die Stunde nicht erwarten konnten, da es losging. Von den Juden war damals nicht die Rede; sie waren vergessen. Es war ja der Krieg des waffenfrohen Germanentums, mit dem die feigen und degenerierten Judenabkömmlinge nichts zu tun hatten. Die Stimme angeheuerer Juden, die vor dem Kriege warnen, wurde nicht gehört. Selbst ein Mann wie Ballin erreichte nichts, und als er 1918 bei Wilhelm II. für Beendigung des Krieges eintrat, erntete er eine grobe Abfuhr, an der sich auch die „sanfte“ und gottesfürchtige Kaiserin beteiligte. Er hat es später noch einmal versucht und ist wiederum abgefallen.

Es ist somit ein ungeeignetes Feld, das die Judenheger hier betreten. Aber ebenso unglücklich operieren sie mit dem Vorwurf, die Juden hätten sich vor dem Kriegsdienst gedrückt. Träse der Vorwurf uneingeschränkt zu, so hätten die Juden immer noch ein moralisches Moment für sich, mit dem sie ihr Tun rechtfertigen könnten. Denn gerade die Kreise, die den Vorwurf erheben, waren es, die vor dem Kriege den Juden als ungeeignet für den Militärdienst be-

zeichneten, die immer wieder betonten, daß ein Jude als Offizier eine unmögliche Figur sei, die sich bei den Soldaten keine Autorität erwerben könnte.

Und dann erst die Juden, die als einfache Soldaten dienen mußten! Ihre Dienstzeit war in den meisten Fällen ein Martyrium, sie waren die Felschleibe des Spottes, sie wurden verachtet, verulkt, beschimpft, und jeder Vorzug wurde bemäht sich, den jüdischen Untergebenen von der Minderwertigkeit seiner Person zu überzeugen. Wenn die Juden sich aber wirklich vom Kriegsdienst gedrückt hätten, so wäre es zu verstehen. So ohne weiteres trifft dies aber nicht zu. Ganz abgesehen von den Freiwilligen aus dem Judentum, die zu den Fahnen gingen, sind die Verlustziffern unter den Juden durchaus nicht gering. Daß sich immerhin ein Teil, vielleicht ein großer Teil von ihnen gedrückt hat, mag zugegeben werden. Wer aber die Stimmung kennt, die in der gesamten Bevölkerung Platz griff, nachdem der erste Rausch vorüber war, wie Monat um Monat verrann, weiß, daß überall eine große Drückererei aushub. „Drücke dich, wer kann“, lautete die Parole, und danach handelten die meisten, unbeachtet ihres Glaubens. So war es in Deutschland, so auch in England, in Frankreich und anderswo. Es ergibt sich hieraus, daß die Völker an sich nicht kriegslustig sind, sondern immer nur die Getriebenen, Gehehten, Geübten sind. Im kulturellen Sinne ist diese Feststellung nur zu begrüßen. Die Lehren des Krieges werden auf diesem Gebiete hoffentlich noch weiterwirken. Wenn der Krieg nur von Freiwilligen hätte gehalten werden müssen, wäre er schon 1915 zu Ende gegangen. Auch hier vertragen somit die Argumente der Judenheger.

Ich denke nun nicht, daß ich die edlen und unedlen Judenheger überzeugen werde, im Interesse der geschichtlichen Wahrheit liegt es aber, derartigen verheerenden Entstellungen der Tatsachen entgegenzutreten. Im Interesse des Landfriedens liegt es ferner, diesem gemeingefährlichen Treiben Einhalt zu gebieten.

Deutschland ist wie ein geschundener Raubritter aus dem Krieg heimgekehrt. Was uns in erster Linie not tut, ist Ruhe, Ordnung und Arbeit. Wer nicht will, daß ein altes Kulturvolk vollends aufgerieben werden soll, der muß mitarbeiten am Werke des inneren Friedens, der muß jeglichem Bestreben, an Stelle des geistigen Kampfes die rohe Gewalt, die tierische Brutalität treten zu lassen, entgegenwirken. Die Juden sind ein Bestandteil unseres Volkes, sie müssen alle Sorgen und Lasten mittragen und können darum auch gleiche Rechte beanspruchen.

Jeder habe das gleiche Recht im Lande, jeder arbeite mit, auf daß das Haus wohllich und angenehmer werde. Wer den Nachbar nicht mag, der meide ihn, aber er wahre den Hausfrieden. Nur so kann das Wohlbefinden jedes Einzelnen gewährleistet werden. Fritz Spiegelberg.

Der rheinische Hochverrat.

H. E. P. und Zentrum.

Die „Agence Havas“ läßt der französischen Presse eine aus Mainz und zwar vom 18. August datierte Mitteilung gehen, um zu demonstrieren, daß Dr. Dörren nach Paris gereist sei. Dörren habe eine Propagandareise unternommen und bereits große Erfolge aufzuweisen. Immer deutlicher erhebe er sich der wirkliche Führer der rheinischen Zentrumspartei, die nun mit jedem Tage mehr von der rheinischen Zentrumspartei trenne. Dazu kommt die wichtige Tatsache, daß die Unabhängigen Sozialisten in Köln in Verhandlungen mit Dörren eingetreten seien und die Bewegung sich infolgedessen von konfessionellen Gesichtspunkten freimachen werde. Dörren empfangt jetzt den Besuch des Professors Sarasin von der Universität Edinburgh, eines persönlichen Freund von Lord Robert Cecil und ehemaligen Privatsekretär des belgischen Königs Leopold, der sich auch der Freundschaft des Königs Albert erfreue. Dieser Gelehrte sei be-

Roman abgelegt. Wenn sie schlecht gerechnet nur 1 M. pro Band verdient hat, so hat sie also 30 000 M. Gewinn, der Autor 6000 M.

In einem anderen Fall hatte ihr derselbe Autor einen Roman sogenannten „Geldmord“ — ein für allemal für 400 M. — überlassen. Als sich der Verfall später in beiden Fällen über das allgeringste Honorar beklagte, schrieb ihm einer der beiden Inhaber der Verlagsbuchhandlung böhmisch: es könne dem Autor ganz gleich sein, ob der Verleger verdient oder nicht, und er fügte schadenfroh hinzu, daß er von dem mit einem einmaligen Honorar von 400 M. bezahlten Roman bereits 150 000 Exemplare verkauft habe. Dieser Roman ist zu dem populären Preise von 1,50 M. erschienen. Nehmen wir an, daß der Verleger hierbei nur 50 Pf. pro Exemplar verdient, so hat er also einen Gewinn von 45 000 M. Der Autor eines solchen Romanes von 400 M. — sage und schreibe: vierhundert Mark — erstellt. Was ist zu schwarz, wenn ich die Ausdrücke „Blutauslaugen“ und „Vomputh“ gebraucht habe?

Bestimmlich gibt es in keinem anderen Bereiche so viele Dilettanten als in der Schriftstellerei. Viele schreiben nur für ein Taschengeld oder auch zu ihrem Vergnügen oder aus Eitelkeit, nur um sich gedruckt zu sehen. Durch ihre geistliche Propaganda und dank dem kläglichsten Gelächter der Durchschmittlerkreise, der von unseren Unterhaltungsblättern und dem Romanfeuilleton der Zeitungen (mit wenigen Ausnahmen) bemerkt auf niedrigem Niveau erhalten wird, ist es der bezeichneten Leipziger Firma u. a. gelungen, eine dilettantisch schreibende, von der Kritik nur humoristisch genommene Dame zu einer Lieblingsautorin eines sehr großen Teils der Damenwelt zu machen. Aus dem Blick gibt es eine ganze Reihe anständiger Verlagsfirmen, die es weit von sich weisen würden, in dieser kamolosen Weise tätig und wehrlose Autoren auszubenten und aus ihrem kümmerlichen Stroh Dornig für sich zu laugen. So kenne ich unter anderem eine Verlagsbuchhandlung, die ihren Autoren 20 Prozent des Ladenpreises von allen mit 89 Pf. Preis, Rabatt verlaufenen Büchern und 15 Prozent von den mit 10 Prozent abgesetzten Exemplaren als Honorar zahlt. Den ganzen abwechselnden Bumer, den die bezeichnete Leipziger Firma treibt, kann man am besten erweisen, wenn man den von ihr gezahlten Honorarvertrag mit dem der anderen Firma vergleicht. Hier als Honorar 15 und 20 Prozent des Ladenpreises, dort 2 1/2 Prozent. Die reelle, anhängige Verlagsfirma, die den Schriftsteller nicht als einen armen Teufel beimerte, dem man von seinem hohen Verdienst nur gerade ein paar Groschen zuwinkt, zahlt aus eigenem gerechten Ermessen ein fünf- bis sechsfach höheres Honorar als jene andere Firma, die in dem Autor nur ein Ausbeutungobjekt erblickt.

Eine recht charakteristische Tatsache ist, daß in den letzten Jahren viele Verlagsfirmen, wenn es sich um die Festlegung des Schriftstellerhonorars handelt, auf die große Verteuerung der Herstellungskosten hinweisen. Die Schriftsteller, die Deuter, die Buchhalter, der Papierlieferant usw., alle haben ihre Preise oder Löhne aufgeschlagen. Da muß sich der Autor selbstverständlich mit bescheidenem Honorar begnügen. In seiner Ohnmacht ist er allein das Opferlamm, das vom allgemeinen Profittrott nur — den Kapazitäten zu schmecken bekommt. Doch genug!

Die obigen tatsächlichen Angaben, aus der Praxis genügen wohl, um zu beweisen, wie jammervoll noch immer die Lage vieler

sonders berufen worden, um Erhebungen über die Stimmung der rheinischen Bevölkerung vorzunehmen.

Abgabe der christlichen Gewerkschaften.

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften Sachens veröffentlicht folgende Erklärung:

Die „Kochener Post“ berichtet in ihrer Ausgabe vom Dienstag, daß nach der „Stadtbader Zeitung“ Dr. Dörren nach der Erlebzener Versammlung einigen Versammlungsbesuchern auf ihre Anfrage, wer denn eigentlich der Veranstalter der Erlebzener Agitationsfahrt sei, geantwortet habe: die christlichen Gewerkschaften von Aachen. Hierzu bemerken wir, daß sich entweder die „Stadtbader Zeitung“ einen Wägen hat aufbinden lassen oder Dörren eine glatte Unwahrheit gesagt hat. Die christlichen Gewerkschaften Aachens haben mit Dörren und Genossen und ihrer Politik nicht das geringste zu tun.

Gegen den Völkerbund.

Angriffe im amerikanischen Senat.

Aus London wird berichtet: Senator Lodge sprach im Senat über den Friedensvertrag. Seine Rede war vielleicht der gefährlichste Angriff gegen den Wilson'schen Völkerbund. Unter dem Eindruck von Buntings Erklärung vom vorhergehenden Tage machte Lodge auch einige Bemerkungen über die japanische Gefahr, die bei der Versammlung einen großen Eindruck hinterließen. Es scheint fast undenkbar, daß der Vertrag ohne Einschränkung angenommen werden wird. Da der Präsident sich durchaus geweiht hat, dem Senat über die Beipredungen auf der Friedenskonferenz Bericht zu erstatten, beantragte die Kommission für auswärtige Angelegenheiten die persönliche Vorladung des Obersten House vor die Kommission, der sich augenblicklich in England befindet. Das ist die letzte Hoffnung, um Aufschluß über die Geheimnisse des Völkerbundes zu erlangen.

Gegnerschaft der schweizerischen Wehrkommission.

Die schweizerische Landesverteidigungskommission, die aus dem Generalstabchef, dem Armeekorpskommandanten usw. zusammengesetzt ist, hat, wie von wohlinformierter Seite berichtet wird, sich gegen den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund ausgesprochen. Das Gutachten der Kommission wird voraussichtlich einen Teil der bundesrätlichen Vorarbeiten an die Bundesversammlung bilden, die in den nächsten Tagen fertiggestellt und auch der Presse übergeben werden soll. Die ablehnende Haltung der Kommissionsmitglieder der Landesverteidigungskommission gegenüber dem Völkerbund wird von umso mehr Einfluß auf die öffentliche Meinung sein, als einzelne Mitglieder derselben, wie z. B. der langjährige Generalstabchef, Dr. Ochs, in der Öffentlichkeit als Sprecher, heute noch in den breitesten Kreisen aller drei schweizerischen Sprachgebiete unumwidmetes Vertrauen besitzt, was von den politischen Befürwortern des Völkerbundes nicht gelobt werden kann. In letzter Zeit laugen auch die katholischen Kreise der Schweiz an, die Einseitigkeit des Völkerbundes zu erkennen, da ihnen klar geworden ist, daß ihr geistliches Oberhaupt keinen Platz im Bunde haben soll.

Indirekte Nachwirkungen des Krieges in Frankreich.

Geburtenrückgang und Kindersterblichkeit.

Kopenhagen, 14. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach einer Pariser Meldung des Berliner Tageblatts wurde dem Generalat des Seine-Departements ein höchst ungünstiger Bericht über den Gesundheitszustand der unter öffentlicher Fürsorge stehenden Kinder vorgelegt. Zunächst wird ein fürchterlicher Geburtenrückgang festgestellt. Im Jahre 1918 wurden 73 600 Geburten gegen 47 480 im Jahre 1915 verzeichnet. Der Prozentfuß verlorer Kinder, deren sich die öffentliche Fürsorge annimmt, hielt sich vor dem Kriege stets unter 5 Prozent, während er 1918 auf 7 Prozent gestiegen ist. Die Sterblichkeit der unter öffentlicher Fürsorge stehenden Kinder stieg auf das Vierfache von 10 auf 40 Prozent.

Die Waffenstillstandskommission wurde dem Reichsministerium des Innern unterstellt. Den Vorsitz hat der Oberbürgermeister Wittig übernommen, der auch die Geschäfte der Waffenstillstandskommission in Düsseldorf weiter führt.

Verleger und Autoren.

Ein Kapitel vom sozialen Elend der Schriftsteller.

Von Artur Jopp.

Die Gesellschaft dramatischer Autoren und der Tonlegerverband haben vor kurzem mit dem Deutschen Bühnenverein einen Pakt geschlossen zur wirtschaftlichen Sicherstellung ihrer Mitglieder. Die dramatischen Autoren und die Komponisten sind also nicht mehr der Willkür einzelner Bühnenleiter ausgeliefert, sondern der geschäftliche Verkehr zwischen ihnen ist für alle an feste Bestimmungen gebunden. Leider ist noch gar keine Aussicht vorhanden, daß ein ähnlicher festes Zusammenkloß der epischen und wissenschaftlichen Schriftsteller und ähnliche Abmachungen zustande kommen könnten, die den Mitgliedern feste Normen der Honorierung und damit geistliche wirtschaftliche Zukunfts gewährleisten.

Die Romanschriftsteller insbesondere sind noch immer sozusagen vogelfrei, und ihrer Existenz hatet noch immer jene Unsicherheit an, die sie nicht einmal zu ruhigen, sorgentem Arbeiten und noch viel weniger zum Lebensgenuss kommen läßt. Tausende und Abertausende von ihnen leben noch immer von der Hand in den Mund, unter fortwährendem Ringen und Admieren, in ihrem besten Schaffen und Sorgen um den kommenden Tag gelähmt, verunsichert von unablässigen Entbedrungen und der Angst vor erwerbslosem Alter und der Zukunft ihrer Witwen und Waisen. Noch immer sind sie der Erwerbgeber gar zu profitlicher Verleger gänzlich wehrlos überlassen, die Redaktions- und Reklamierbüros, während sie den Unablässigen die für sie arbeiten, kaum das Allernotwendigste zum Frillen ihrer Existenz zulassen lassen.

Welches Elend, wie viele verdammten Geheimnisse kämpfen sich in der Schriftstellerwelt abspielen, davon ahnt das große Publikum, während es sich an den oft unter den bittersten seelischen Qualen verlebten Eismannern erhebt, nicht. Die Honorare, die von solchen Verlagsfirmen gezahlt werden, die gleich Kompagnen ihren Autoren das Blut auslaugen, haben oft nicht mehr Bedeutung als die eines Almosen. Wie ist eine große Leipziger Firma bekannt — sie erklärte von sich selbst, daß sie hinsichtlich ihrer Vertriebsweise „in ganz Deutschland mit an erster Stelle steht“ — die ihre Autoren in der unerhörtesten Weise ausbeutet. So hat sie einem Romanschriftsteller folgende Honorare gezahlt: nachdem sie ihm im Juni 1916 zuerst mitgeteilt hatte, daß sie bei Romanen „mit 10 Proz. und mehr vom Ladenpreis“ geben könne“ und in einem späteren Brief in demselben Monat einmündend bemerkt hatte, daß sie, bei einer Auflage von 3000 Exempl. ein Honorar von 750 M.“ bezahle, legte sie im Dezember desselben Jahres, als ihr der Autor einen Roman zur Verfügung gestellt hatte, nur ein Honorar von 600 M. für 3000 Exemplare kontraktlich fest und läste dem gebundenen Verlagskontrakt noch schriftlich hinzu, daß sie 10 Proz. der vereinbarten Auflage mehr drucke für „Kor- und Rezensionsexemplare“. Der Autor mußte sich fügen, und während ihm die Firma später bezahlte, daß sie bei ihren Romanen nur 3,50 M. Ladenpreis pro Exemplar berechne, gab sie jetzt das Buch zum Ladenpreis von 6 M. ab. Ist das nicht eine scham- und erböse Ausbeutung oder Rauberei des Schriftstellers unter Vorwand einer socher Tatsache? Die Verlagsbuchhandlung hat bisher 30 000 Exemplare + 3000 Exemplare honorarfreien Ueberdruck von diesem

gefügter Arbeiter ist im Vergleich zu der ihrer beneidenswertesten Kollegen von der schweißigen Hand, die nicht mehr wehrlos ausbalden brauchen, wenn ihnen profitlose Unternehmer das Feld über die Ohren streben wollen, und wie dringend not eine straffe, umfassende Organisation mit, um den Autoren eine geachtete und würdige Stellung gegenüber dem unversierten Teile der Verlagsunternehmungen zu schaffen.

Die Giftgase des Krieges als Kulturmittel.

Frankreichs Uferwirtschaft leidet zurzeit unter den Gasen, den Raupen und Larven, die auf seinen Feldern überhand nehmen. Zum Teil ist das herbeigeführt worden durch den Krieg, während dessen die Bewirtschaftung der französischen Felder noch bedeutend schlechter war als die der deutschen, zum Teil war aber der Kampf gegen die Parasiten in Frankreich ohnehin nicht mit dem Nachdruck geführt worden, wie es bei uns üblich ist. Nun will man sich dort, wie die „Mündener Nachrichten“ berichten, eben mit den Mitteln helfen, durch die der Krieg eine so fürchterliche Wüste geworden hat; man will die Giftgase zur Vernichtung der Uferparasiten verwenden. Es ist der Professor an der Sorbonne, Gabriel Bertrand, der vor kurzem der französischen Akademie einen Bericht über seine Untersuchungen vorgelegt hat, woraus hervorgeht, daß unter den im Kriege verwendeten Gasen das Chloroform das wertvollste werden könne, um alle Raupen und Larven zu vernichten. Bei der Anwendung werden die bekannten Gasmasken wieder in ihre Rechte treten, um die Arbeiter zu schützen; außerdem muß mit der Windrichtung gerechnet werden.

Notizen.

— Aus der akademischen Welt. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat die Dozentur für Gewerbelehre in der Abteilung für Allgemeine Wissenschaften an der Technischen Hochschule zu Berlin-Charlottenburg dem Genossen Dr. med. Schajes übertragen.

— Pflichten der neuen Regierung. Und wird von einem Leser geschrieben: Von der Einäscherung Hoeckels beimgeleitet, möchte ich darauf hinweisen, wie peinlich es empfunden wurde, daß die Weimarer Reichsregierung sich bei der Beilegung dieses vollständigen unter allen deutschen Naturforschern in dem Weimarer benachbarten Jena nicht offiziell vertretet hat. Schon der Umstand, daß die geistige Umwälzung, die dieser Gelehrte auf dem Gebiete der gesamten Welt- und Lebensanschauung mitbewirkt hat, in hohem Grade der sozialen Revolution vorangeht, erfordert diese Teilnahme; daneben auch die Tatsache, daß Hoeckel einen Weltzug genoh, wie zurzeit kein zweiter Mann der Wissenschaft. Daß Hoeckel im Ansehn des Krieges, wie unglücklich andere, auch der mit großer Eindringlichkeit von oben betriebenen Friedensmission erlos und dementsprechend uns für ein unschuldig von England überlassenes Opfer hielt, spielt gegenüber seiner glanzvollen Lebensarbeit keine Rolle.

Die Reichsregierung wird es sicher selber beklagen, daß keines ihrer Mitglieder dieser Ehrenpflicht genügen konnte, aber die fürchterliche Heberlastung mit Geschäften muß ihr billigerweise zur Entschuldigung dienen.

Das Lügengift der „Freiheit“.

Wir lesen in der heutigen „Freiheit“ folgende Stelle: In dem Kampf um Erhaltung ihrer Profitmöglichkeiten suchen die Unternehmer der Oeffentlichkeit weiszumachen, daß auch die Arbeiter mit ihnen einverstanden seien, und mit Bedauern berufen sich schmernd auf die Organe, wie „Post“ und „Tägliche Rundschau“, auf das „Arbeiterblatt“, „Vorwärts“, das, ohne die Forderung nach Sozialisierung des Eisenerzbaues zu erheben, sich gegen die Verstaatlichung der Albeder Hütte wendet, da doch andere Werke verstaatlicht werden könnten. Wiso die ertragreichen Unternehmungen, die den Unternehmern reiche Gewinne abwerfen, sollen weiter der kapitalistischen Ausbeutung überlassen bleiben.

Demgegenüber bringen wir nochmal den letzten Absatz derjenigen Zeitschrift, die wir in der Dienstag-Morgenausgabe zur Verstaatlichung der Albeder Hütte wiedergegeben haben und die sich im wesentlichen mit unseren Forderungen deckt:

„Was vom Volke gefordert werden muß, ist daher nicht die Ueberführung eines einzelnen Werkes und noch dazu desjenigen, dessen Arbeiter sich gerade energisch gegen eine Verstaatlichung wehren, im fiskalischen Betrieb, sondern die Verstaatlichung aller Eisenerze im Interesse der Gesamtheit des Volkes zur Verhütung arbeitsloser riesiger Unternehmungen und zur Ueberführung sozialer Ausgleichs.“

Merkwürdigerweise deckt sich diese Anschauung aber auch mit dem Inhalt der Zeitschrift, die die „Freiheit“ aus Kreisen der Arbeiterschaft des Albeder Hüttenwerkes erhalten hat und zum Beweise für die unfehlbare Richtigkeit ihrer eigenen Anschauung wörtlich wiedergibt. Es heißt nämlich darin, die Vertrauensleute, Betriebsräte, Angestellten- und Arbeiterausschüsse von Peine seien sich in einer Sitzung am 7. August in folgender Weise über ihre Stellung zur Verstaatlichung ausgesprochen:

„Mit Ausnahme einiger Beamtenvertreter pflichteten die Anwesenden dem Referenten in seinen Schlussfolgerungen bei, daß eine Verstaatlichung in bisher gewohnter Weise von der Arbeiterschaft nicht gutgeheißen werden dürfte, weil dadurch der Sozialismus in Mißkredit gebracht würde. Wenn das Reich das Unternehmen an sich zieht, so nur dann, wenn auch die Sozialisierung erfolge. Nicht das Reich dürfe die Verstaatlichung übernehmen, sondern die Arbeiterschaft, Konventen und Vertreter der Regierung, und letztere habe auch in der Zahl ihrer Vertreter die Vertreter der Arbeiterklasse zu berücksichtigen. Weiter müsse auch verlangt werden, daß die gewonnenen Erträge nur unter Kontrolle weiterverarbeitet werden dürfen und daß auch die übrigen (hier fehlt eine Zeile und ist wohl dem Inhalt nach zu ergänzen) Erzeugnisse nach den oben gekennzeichneten Grundsätzen in den Besitz der Allgemeinheit überführt würde.“

Wir haben also die seltene und von allen Freunden des Sozialismus zu begrüßende Tatsache festzustellen, daß sowohl die Arbeiterschaft des betroffenen Werkes, wie die „Freiheit“ und der „Vorwärts“ einmal in der grundsätzlichen Beurteilung einer Sozialisierungsfrage gänzlich übereinstimmen. Daß das überhaupt möglich sei, die Befürchtung wirkte auf die „Freiheit“ wie ein rotes Tuch und sie mußte deshalb nach bekanntem Muster zur offensichtlichen Lüge greifen, um den „Vorwärts“ verdächtigen zu können. Für so dreifache Niedertracht gibt es nur ein: Wui Deubel!

Der Rückzug des Abgeordneten Haase.

Genosse Adresser bittet uns um Aufnahme folgender Erklärung:

Der Abgeordnete Hugo Haase (U. S. B.) hatte mich am 26. Juli in der Nationalversammlung angegriffen und behauptet, ich hätte die Presse mit Lügennachrichten überschwemmt. Ich habe ihn aufgefordert, diese Behauptung an anderer Stelle, nicht unter dem Schutz der Immunität, zu wiederholen, damit ich ihm vor Gericht ihre objektive Unwahrheit beweisen könne. Ich habe erklärt, daß ich ihn, wenn er dieser Aufforderung nicht Folge leistet, für einen bewußten Verleumder halten müsse.

Der Abg. Haase hat in der „Freiheit“ vom 12. d. M., Morgenausgabe, die ich eben noch meinem Eintreffen in Berlin sehe, auf meine Aufforderung mit einer Erklärung geantwortet, die einen kläglichen Rückzug darstellt. Herr Haase sucht zunächst den Klagen zu erwidern, als ob ich seine Gewährsmänner erfahren wolle, was natürlich eine glatte Erfindung ist. Mich interessieren weder seine Vorder- noch seine Hintermänner. Herr Haase lütel sich aber mit echt unabhängigen Mut, seinen beleidigenden Vorwurf gegen mich zu wiederholen, und meint nur, daß meine Berichterstattung auf derselben Höhe wie die offizielle Kriegsberichterstattung gestanden habe. Das ist ein parteipolitisches Urteil, aber noch weniger der Juristen nicht beleidigend. Ich muß diesen Haasen also selber lassen lassen.

Sie ist Herr Haase bisher immer als ein — oft falsch informierter oder parteipolitisch verblendeter — unruhiger gutgläubiger Mensch erschienen. Wozu man aber einen Mann halten muß, der im sichern Schutz der Immunität andere Leute beschimpft und schleunigst sich zurückzieht, wenn dieser Schutz fehlt — das zu beurteilen und in „sicheren“ Worten auszudrücken, überlasse ich der Oeffentlichkeit und dem gewissen Juristen Haase.

Erich Käster,

Briefschreiber der deutschen Gesandtschaft in Biau.

Hunde, die bellen ...

In Nr. 408 des „Vorwärts“ haben wir ein Inserat aus der „Deutschen Zeitung“ wieder, in dem ein Leutnant Genrich „Kaltferne“ sucht, die „gewillt“ sind, die Reaktion mit allen Mitteln herbeizuführen.

Neben diesen Herrn Kästerli und nun ein Leset.

Ich kenne den Leutnant Genrich, der reaktionäre Weißlein und Wärmlein sammelt, persönlich. Daß der Mann ein Hundstopp mit einer ganz schrecklichen Vorliebe Selbstmordkugeln verschießen, ist bei der Weisheit durchsichtig. Daß Herr Genrich ein mutiger Held ist, geht daraus hervor, daß er „seit der Revolution keine Pistole noch nicht aus der Tasche gelassen hat“. Das alles ist aber noch nebenbei. Daß aber Leutnant Genrich meines Wissens bis heute der Reichswehr und zwar dem Infanterie-Regiment 29, angehöret und trotzdem solche Reden macht, das ist unerhört.

Mit dieser Tätigkeit des reaktionären Leutnants wird es nun wohl bald ein Ende haben.

Die Kosten der englischen Operationen in Rußland. Aus London wird gemeldet: Ein soeben veröffentlichtes Weißbuch besagt, daß die Kosten sämtlicher Operationen in England seit Abschluß des Waffenstillstandes bis Ende Juli 1919 20 Millionen Pfund Sterling betragen haben.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Pariser Borschlässe, daß Deutschland reiflos seinen Verpflichtungen nachkommen muß, sowie die Zunahme des Streiks in Obersachsen und in Hamburg veranlaßten Abgaben, die zu einer weiteren Abschwächung der Tendenz führte. Einiges Geschäft entwickelte sich indes nur am Petroleummarkt, wo Steana Romana und Deutsche Petroleum Schwach eintraten, die sich später aber ziemlich kräftig erholen konnten. Am Montanmarkt überwiegen Kursabschwächungen. Schiffahrtsaktien waren unschlüssig. Fachtwerie niedriger. Eine Vereinfachung erfuhr Kanada, Baltimor und Orientbahn. Heimische Anleihen waren gut gehalten. Arzigsanleihe notierten schließlich etwa 78%.

Internationale Regelung der Valuta.

Die „Times“ melden, daß im nächsten Monat in Paris eine Zusammenkunft von Bankiers stattfindet, die Besprechungen über eine befriedigende Lösung der Frage der Wechselkurse abhalten wollen. Die Vertreter der führenden Banken in den neutralen Ländern haben Einladungen dazu erhalten und haben sich bereit erklärt, an den Besprechungen teilzunehmen. Wenn es der Konferenz glückt, einen befriedigenden Plan zu entwerfen, dann sollen die verschiedenen Regierungen, soweit es nötig ist, gebeten werden, ihre Unterstützung zur Durchführung der Pläne zu gewähren.

Groß-Berlin

Kohlennot und Kohlenverteilung.

Die Ausgabe der Hausbrandkohlen erfolgt in Gruppen und zwar:

beizbare Zimmer	Menge	d. i. pro Raum
1	5 Ztr.	5 Ztr.
2 (einschl. Küche)	10	5
3	20	6 2/3
4	30	7 1/2
5	40	8
6	50	8 1/2
mehr als 6	60	

Die praktische Folge dieser Zuteilung ist, daß die Kleinwohnungsinhaber ständig unter Kohlenmangel leiden, da die wenigen Räume geheizt werden müssen, während die Inhaber größerer Wohnungen nur einen Teil der Räume zu heizen genötigt sind. Jeder sachlich denkende Mensch würde die Kohlenverteilung bei größeren Wohnungen stufenweise kürzen. Die Kohlenstelle aber hat die Zuteilung steigend gestaffelt, was geradezu als unerhört bezeichnet werden muß. Einem Bewohner von 6 Zimmern einschließlich Küche werden, wie oben errechnet, pro Raum 8 1/2 Ztr. zur Verfügung. Er wird aber und braucht auch nicht alle Zimmer zu heizen. Drei beheizte Räume würden notfalls genügen, mithin beträgt das Heizmaterial 50:3 = 16 2/3 Ztr. pro Raum. Der arme Teufel erhält dagegen 5 Ztr. pro Raum.

Die Kohlenarten sind für dieses Jahr noch nicht zur Ausgabe gelangt, was in Kürze geschehen soll. Die Ausgabe darf unter keinen Umständen nach dieser Zuteilung der Kohlenstellen erfolgen. Wirtschaftsminister greife ein! Gemeindevorstellungen erhebt energischen Protest gegen diese Zuteilung!

Zuckerschibungen unter militärischer Flagge.

Durch die Wachsamkeit von Kriminalbeamten gelang es gestern, einen größeren Zuckerschmel aufzudecken. Auf dem Anhalter Bahnhof traf mit einem Güterzug auch ein Wagen ein, der die Aufschrift „Gerechtheit“ trug. Der Wagon war mit 90 Zentner Zucker beladen, die von einem Feldwebel in Reichswehruniform besetzt wurden. Die Beamten ließen sich von dem Unteroffizier die notwendigen Begleitpapiere vorzeigen, wobei es ihnen auffiel, daß das Probierglas die Zuckermenge an einen Berliner Truppenteil sendete. Als Begleitmann war der Feldwebel M. bezeichnet. Da es von vornherein unwahrscheinlich war, daß die Berliner Truppe von Waggelzug aus mit Zucker und zwar in solchen Mengen versorgt wurde, erklärten die Beamten den Feldwebel für beschuldig. Nun verlegte der Feldwebel sich auf Witten und erklärte, daß sein Truppenteil den Zucker unter der Hand gekauft habe. Die Sache dürfte nicht bekannt werden. Schließlich hat er den Beamten in einer Sack Judas als Schweigegehalt an. Die Beamten ließen trotz der „süßen“ Offerte den angeklagten Feldwebel jedoch der zuständigen Polizeiwache ab. Bei den Nachforschungen ergab sich, daß die ganze Erzählung des „Feldwebels“ frei erfunden war. Der Schwindler, ein Händler Martens, hatte sich die Uniform der Reichswehr zugelegt, um so bei einer Kontrolle leichter durchzuschlüpfen zu können. Er wurde verhaftet und die Ware beschlagnahmt.

Ein doppelter Wäschdiebstahl.

Ein seltsames Geschehnis hatte eine wertvolle Wäscheladung, mit der eine fiesige Dampfwäscherei vor einigen Tagen ihren 18-jährigen, bisher unbescholtenen Ausfuhr Wilhelm Grah aus der Genter Straße 62 zur Kundschaft abholte. Der Fuhrknecht, der für 4000 M. Wäsche geladen hatte, war in Moabit in der Nähe des Kriminalgerichts plötzlich spurlos von der Straße verschwunden. Der Diebstahl fand eine ungewöhnliche Aufklärung. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß bei ihm der Ausfuhr, ein Teufel, ein Brunnenbauer und zwei Schankwirte ihre Hand im Spiele hatten. Ein Pferd und der Wagon wurden auf dem Arbeitsplatz des Brunnenbauers in der Koloniestraße 123 entdeckt. Sie waren so verandert, daß man sie nur mit Mühe wiedererkannte. Der Brunnenbauer, von dessen Grah aus die Wäsche bereits verladen worden war, wurde festgenommen. Als der Teufel das hörte, holte er rasch Wagon und Pferd wieder weg. Lub mit dem Schankwirt den größten Teil der Wäsche wieder auf und fuhr sie nach dem Hahnburger Ufer. Dann rief der saubere Mann, der es mit der Angst zu tun bekommen hatte, die Dampfwäscherei durch den Fernsprecher an, daß der verschwundene Wagon mit der Wäsche am Hahnburger Ufer stehe. Als ein Vertreter der Wäscherei dorthin kam, fand er aber nur noch den leeren Wagon vor. Die Wäsche war zum zweitenmal verschwunden. Wie die weiteren Ermittlungen ergaben, hatte ein anderer Schankwirt zur rechten Zeit einen „Tipp“ bekommen, verschaffte sich ein Fuhrwerk, lud die wertvolle Ladung aus dem am Hahnburger Ufer stehenden Wagon über und brachte sie nach seinem Lokal. Hier wurde sie von den beiden Kriminalwachmännern entdeckt und beschlagnahmt. Nach diesen Feststellungen wurden auch der Teufel und die beiden Schankwirte verhaftet. Der junge Ausfuhr wird noch geudt. Nun fehlt nur noch das zweite Pferd. Dieses wurde gestern endlich in der Reustellstraße entdeckt und beschlagnahmt. Es war ebenfalls durch Kuppelern und Scheren fast bis zur Unkenntlichkeit verandert worden.

Anfragen betr. Herrensangehörige. Das Kriegsministerium gibt durch „Armeekorrespondenzblatt“ bekannt, daß zur Vermeidung zurückbleibender Rückfragen in allen Anträgen bei militärischen Dienststellen über Militärpapiere, Geschäfte, Verforgung, Kriegsgefangenschaft u. dergl. stets die Formation, der der Betreffende angehört hat, nach Regiment, Kompagnie usw. genau zu bezeichnen ist.

Was eine Fernsprechbeamtin „mitbringen“ muß. Die Oberpostdirektion will nächsten eine größere Zahl von Bewerberinnen für den Fernsprechsdiens einstellen. Die Bedingungen sind diese: Die Bewerberinnen müssen das 17. Lebensjahr vollendet haben und dürfen nicht älter als 27 Jahre sein. Ihre Körpergröße darf nicht unter 158 Zentimeter betragen. Angenommen werden im Oberpostdirektionsbezirk Berlin wohnende junge Mädchen oder kinderlose Witwen aus anstehender Familie. Die Bewerberinnen müssen mind. eine gute Volksschulbildung haben und sich dann einer Prüfung im Deutschen, im Rechnen und in der Erdkunde unterziehen. Bewerbungen mit Lebenslauf schriftlich an die Oberpostdirektion Berlin C 2, Bewerberinnen um Stellen für Post- und Telegraphengehilfinnen müssen nach der Dienstankündigung am Ort ihrer künftigen Bekäftigung Familienanschlüsse an Verwandte haben, bei denen sie wohnen können. In Ausnahmefällen muß dauernd darüber gemacht werden, daß die Unterbringung in jeder Beziehung einwandfrei ist. Viele Verlehrsämter haben deshalb angeordnet, daß alleinlebende Beamtinnen zur Wahl einer Wohnung der Genehmigung des Amtes bedürfen. — Die Forderung des Familienanschlusses und die Ueberwachung der Wohnungswahl scheinen auf Sozialstaatsmaßnahme hinzuweisen. Was gehen diese Dinge die Dienstbehörde an?

Die Elektrifizierung der Berliner S-Bahn soll nicht, wie geplant war, mit der Strecke Berlin-Oranienburg beginnen, sondern nach einem neueren Plan mit der Strecke Berlin-Hermsdorf. Gleichzeitig soll auch die Strecke Berlin-Bernau elektrifiziert werden. Man hofft, die Arbeiten noch im Laufe dieses Jahres in Angriff nehmen zu können.

Nicht unterstützungsbefähigt? Die Gewerkschaften für die nur da mit Geldunterstützungen eingreifen, wo der Gewerkschaften ein solcher bedarf. Nicht selten werden Unterstützungsansprüche abgelehnt, weil nahe Angehörige des Gewerkschaften in der Lage seien, ihm vorübergehend den Lebensunterhalt zu gewähren. Wunders muß man sich, daß auch Personen aus minderbemittelten Familien auf diese Hilfe berufen werden. So teilt uns ein bei einer Behörde angestellter Helfer mit, daß zwei Töchter von ihm abwechselnd arbeitslos waren und keine Unterstützung erhielten, weil der Vater sie ernähren könne. Er fragt, wie es das machen soll, bei einem Monatslohn von 250 M. (und freier Wohnung nebst Heizung) eine Familie von fünf Köpfen zu ernähren. Daß seine Töchter bei Arbeitslosigkeit dem wahrhaft nicht fürstlich entlohnten Vater zur Last fallen sollen, ist doch eine ganz unhaltbare Ansicht.

Eisenbahnunfall. Auf dem Lehrter Stadtbahnhof verunglückte heute vormittag eine junge Frau sehr schwer. Sie wollte in den schon fahrenden Zug einsteigen, glitt aber aus und kam unter die Räder. Der rechte Arm und die linke Hand wurden der Unglücklichen abgefahren.

Zaunhahn-Pokal. „Teufelskäufer“ gelang heute zur Uraufführung. Außerdem die Uraufführung des Lustspiels „Lids-Tads“ („Der Diebstahl“).

Lichtspiele „Neue Philharmonie“, Köpenicker Str. 26/27. Vom 15. d. M. ab den bekannten Prunkfilm „Veritas vincit“.

Das Großfeuer bei Jossen konnte heute früh gelöscht werden. Es ist erheblicher Schaden entstanden. Leider sind auch Personen verletzt worden. Auf der Fahrt nach Jossen stürzte bei Bickentabe die Motorlok C 2 der Berliner Feuerweh, als sie in schnellster Gegend Richtung Jossen fuhr, in einen Graben, wobei der Feuerwehmann Boer eine Gehirnerschütterung erlitt, so daß er nach der Ueberfahrt befristet werden mußte. Zwei Kameraden erlitten Querschnitten am rechten Fuß und im Gesicht. — Ueber den Brand wird noch berichtet: Es wird vorläufige Brandstiftung angenommen. Schon vorher war unter verdächtigen Umständen im nahen Walde und im Wäldchen bei Jossen Feuer ausgebrochen, die schnell gelöscht werden konnten. Gestern abend brach nun plötzlich im westlichen Teil der sehr starken Westwinde in einer mit Holzstoße angefüllten Holzbarade das Feuer aus. Die Klammen wurden von dem starken Westwinde direkt ins Lager getrieben. Damit das entzündete Element nicht noch mehr Nahrung erhielt, rissen die Soldaten mehrere Baracken ein. Trotzdem wurden fünf Baracken und das Lauflole ein Raub der Flammen. Sämtliche Holzbaraden des ausgebreiteten Wäldchens blieben verschont. Die freiwilligen Wehren aus der Umgegend konnten nichts ausrichten, sie rückten deshalb bald wieder ab. Die Berliner Feuerweh kam zu spät. Die größte Gefahr war schon beseitigt. Die Angaben eines Berliner Anzeigers, daß bei dem Brande in Jossen große Benzinspeicher explodiert sind und Dierbstähle vorgekommen sein sollen, bestätigen sich nicht. Im Lauflole und der Wabenanlage ist nur eine kleine Benzinkanne vorhanden gewesen.

Die Radwahl zum Reichstagswahlkreis, die im landlichen Wahlkreis VI (Sankt und Radbarschaft) infolge der Ungültigkeitserklärung der ersten Wahl durch den neuen Kreiswahlkommissionen notwendig geworden war, hat nach den vorläufigen Stimmenzählungen ein bemerkenswertes Ergebnis gehabt. Es wurden abgegeben: für die Liste der Sozialdemokratie 1431, der Unabhängigen 782, der Demokraten 470, der Deutschen Nationalen Volkspartei 561 und der Deutschen Volkspartei 757 Stimmen. Es waren 4 Kandidaten zu wählen. Gewählt sind mithin: 2 Reichstagssozialdemokraten (Schlosser Fritz Rabe, Friedrichthal und Gleditschführer Oscar Riensack-Walke); 1 Unabhängiger (Kaiser Wilhelm Müller-Sachsenhausen); 1 Deutscher Volksparteiler (Gemeindevorsteher Karl Pantow-Groh-Schönfeld). In der ersten Wahl, bei der nur bürgerliche Stimmen abgegeben wurden, weil die Listen der sozialdemokratischen Parteien wegen Prüflerungsverbot nicht zugelassen wurden, ergabten die Demokraten 856 (jeht 470), die Deutschen Nationalen 797 (jeht 561) und die Deutsche Volkspartei 834 (jeht 757) Stimmen. Insgesamt wurden diesmal 1783 gegen 2017 bürgerliche Stimmen bei der ersten Wahl abgegeben.

Stellbrink in Treptow. Das am Sonntag zur Abhaltung kommende städtische Rennen „Cannium“ hat eine erstklassige Besetzung gefunden. Der langjährige Ratador der Treptower Bahn, Archiw Stellbrink, wird zum erstenmal in diesem Jahre in Treptow hinter Nunggeburt an den Start gehen. Seine Gegner sind Lewanow, Kettelbeck und Appelland. Die Fahrer werden außer dem Hauptrennen des Tages „Cannium“, das in 2 Läufe über je eine halbe Stunde gefahren wird noch ein 20-Kilometerrennen bestritten. Außer dem Arminderrennen, dem kurzen Handicap, dem Punktefahren kommt noch ein Brämien- und Entschädigungsfahren zum Austrag. Es haben sich nicht weniger als 31 Fahrer gemeldet und fast die gesamte Treptower Rennmannschaft wird am Start erscheinen. Die Rennen beginnen um 3 1/2 Uhr.

Niederichonweide. Den niedrigsten Einkommensteuersatzleg 4. Grob-Berlin erhebt gegenwärtig nicht etwa eine reiche Baanfehabungsgemeinde, sondern die Industrie- und Arbeiterwohngemeinde Niederichonweide. Während a. B. noch im Vorjahre Gummewald und Nitollsee 100 Gros. Zuschlag erhoben und in diesem Jahr auf 175 Gros. haben erhöhen müssen, hat Niederichonweide bei einem vorjährigen Zuschlage von nur 110 Gros. verbleiben können. Ja, noch mehr! Niederichonweide erhebt den gestaffelten Zuschlag auf höhere Einkommen nicht schon bei 5000 M., sondern erst bei 12500 M. Einkommen, um die Einkommen bis 1500 M. zusätzlich steuerfrei zu lassen. Von 1500 bis 3900 M. beträgt die Steuerermäßigung 90 Gros. Die große Mittelschicht der Einkommen von 3900 bis 12500 M. zahlt den einfachen Gemeindesteuersatzschlag von 110 Gros.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Friedrichshöhe. In dieser Woche 10 Pfund Kartoffeln. Diese Kartoffeln sind für spätere Wochen bestimmt und entsprechend auszubewahren. Ausgabe auf Abschnitt 5 der Bayernausgabe und zwar vom Montag, den 18. August bis Mittwoch, den 20. August.

